KOMMENTAR 11.01.2016 | Mahir Tokatli

# Schmutziges Geschäft

## Die Türkei als europäischer Türsteher. Das verletzt unsere Werte.

Es war eigentlich nie wirklich klar, was die Bezeichnung der „privilegierten Partnerschaft“ für die europäisch-türkischen Beziehungen konkret bedeutete. Jetzt wo Europa der Türkei Milliarden überweist, um die syrischen Flüchtlinge von seinen Grenzen fern zu halten, lohnt sich ein Blick darauf, wie sich diese schwammige Bezeichnung auf die Politik ausgewirkt hat.

Während in Europa der Begriff sehr nützlich erschien, um den Balanceakt zwischen offiziellen Beitrittsverhandlungen und Zweifeln an einer tatsächlichen Vollmitgliedschaft der Türkei in weiten Teilen der Bevölkerung und Politik zu meistern, wurde die Annäherung an Europa in der Türkei vor allem von der AKP-Regierung dazu genutzt, ihre eigene Machtbasis im Land auszubauen. Sie nutzte den von der EU unterstützten Demokratisierungsprozess, um sich ihrer Konkurrenten im türkischen Regierungssystem nach und nach zu entledigen. In den 1990er Jahren galt das Militär noch als starker politischer Akteur, der insbesondere die instabilen Regierungen für den eigenen Machtanspruch zu nutzen wusste. Die stabile AKP-Alleinregierung entzog ihm diese Möglichkeit und konnte Reformen einleiten, die den Einfluss des Militärs schrittweise zurückdrängten und sogar dessen Putschdrohung 2007 verpuffen ließen. Nachdem der erste wichtige Vetospieler niedergerungen wurde, konnte ein weiterer wichtiger Spieler auf demokratischem Weg vereinnahmt werden: Das Amt des Staatspräsidenten.

Spätestens mit Beginn der zweiten AKP-Legislaturperiode 2007 und der Präsidentschaft Abdullah Güls (AKP) wandte sich die Regierung von Recep Tayyip Erdogan rhetorisch von der EU ab und konzentrierte sich auf eine neo-osmanische Außenpolitik mit dem Schwerpunkt Naher Osten. Diese „Trennung“ schien keinen der beiden Partner zu belasten. Die Türkei ist längst nicht mehr auf dem Pfad der Demokratisierung, sondern auf dem Weg in Richtung Autokratie – erneut mit der Legitimation der EU.

Infolge der Flüchtlingsbewegung hat die Türkei von Angela Merkel eine neue europäische Rolle zugewiesen bekommen: die Rolle des Türstehers. Die Türkei ist für syrische Flüchtlinge das Tor zu Europa, welches Erdogan nun schließen soll. Was allerdings hinter diesem verschlossenen Tor passiert, interessiert Europa nicht. Anders ist nicht zu erklären, dass Merkel kurz vor der Wahl Erdogan besuchte und ihm damit mitten im Wahlkampf internationale Legitimation verlieh. Auch die verzögerte Veröffentlichung des EU-Kommissionsberichts, der den türkischen Demokratisierungsprozess kritisiert und erst nach der Wahl publiziert wurde, hat einen faden Beigeschmack.

Angesichts der autokratischen und bürgerkriegsähnlichen Zustände, die in der Türkei herrschen, ist die politische Nähe zwischen der EU und der Türkei schwer nachzuvollziehen. Seit Monaten herrschen im Südosten der Türkei Ausgangssperren, die den Widerstand der Bevölkerung hervorrufen, was wiederum die türkische Regierung dazu veranlasst, mit Gewalt zu reagieren und Tode innerhalb der eigenen Bevölkerung billigend in Kauf zu nehmen. Es sind aber nicht nur die türkischen Streitkräfte, sondern vor allem die türkische Regierung, die martialische Töne anschlägt. „Wir werden jedes Haus nach und nach säubern“, „Eure Gräben werden eure Gräber“, so Ministerpräsident Ahmet Davutoglu in Richtung der kurdischen Bevölkerung im Südosten der Türkei. Diese Art Rhetorik wurde bereits im Wahlkampf im November benutzt, in der Davutoglu verkündet hatte, man habe die AKP zu wählen, sofern man nicht möchte, dass wieder die „weißen Toros“ auftauchen. In den 1990er Jahren galt der „Toros“ als der „Dienstwagen“ des türkischen Geheimdienstes, der damit beauftragt war, politisch unliebsame Personen „verschwinden zu lassen“. Das war eine offenkundige Drohung gegen das eigene Volk, die eher an Diktatoren als an demokratischen Wahlkampf erinnert.

***Die EU reagiert kurzfristig, ohne zu bedenken, dass ein repressiver Staat mittel- bis langfristig selbst Flüchtlinge produziert.***

Es hört jedoch nicht bei der Bedrohung des politischen Gegners auf, sondern dehnt sich auf die Presselandschaft aus. Zwei Journalisten, die die lange vermutete Verbindung zwischen der türkischen Regierung und dem sogenannten Islamischen Staat (IS) journalistisch aufgedeckt haben, wurden wegen des Verdachts auf Landesverrat festgenommen und sitzen in Untersuchungshaft. Darüber hinaus müssen sich nahezu täglich Gerichte mit Klagen befassen, die aufgrund vermeintlicher Beleidigungen des Präsidenten Erdogan erhoben wurden.

Einem europäisch-aufgeklärten Freiheits- und Demokratiebegriff widerstreben die türkischen Entwicklungen, und einer Zivilmacht, wie sich die EU gerne nennt, steht eine enge Kooperation mit einer klar autoritären Türkei nicht gut zu Gesicht. Realpolitisch mag man gerne argumentieren, dass, um die Flüchtlingsbewegung in den Griff zu bekommen, die Türkei eine wichtige Rolle spielt, und sie ja selbst rund zwei Millionen Flüchtlinge „verwaltet". Es darf jedoch nicht vergessen werden, dass, wenn Europa vor repressiven Staaten nicht nur die Augen schließt, sondern sie auch noch, wie im Falle der Türkei, mit Finanzspritzen und der – zumindest verbalen – Offensive einer Beitrittsperspektive honoriert, sie ihre eigenen Ideale und Werte verrät. Sie reagiert kurzfristig, ohne zu bedenken, dass ein repressiver Staat mittel- bis langfristig selbst Flüchtlinge produziert. Schließlich missachtet sie die katastrophale humanitäre Lage der Flüchtlinge in der Türkei, denen mangels Perspektivlosigkeit nicht viel übrigbleibt, als in der Türkei ein trauriges Dasein zu fristen, in der Hoffnung, sich gen Europa aufmachen zu können. Der Plan Europas, durch finanzielle Zuwendungen die Lage der Flüchtlinge zu verbessern, wird nicht aufgehen. Denn es gibt zum einen keine Garantie, dass das Geld tatsächlich dort ankommt. Zum anderen wird es an der Lage der Flüchtlinge nichts ändern, die in ihrer Mehrheit nach Europa wollen und die Türkei lediglich als Transitland betrachten. Es sollte schließlich die Frage erlaubt sein, wie eine Regierung wohl mit ausländischen Flüchtlingen umgeht, wenn sie selbst ihre eigene Bevölkerung so brutal behandelt.

---



**Mahir Tokatli**
Bonn

Mahir Tokatli ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn und beschäftigt sich in seiner Promotion mit dem türkischen Regierungssystem und seinen autoritären Elementen.

## 12 LESERBRIEFE

### **Konrad Kugler** schrieb am 12.01.2016

Ui, der schreibt ja wie ein Rechter!
Aber echt vernünftig! [Warum Linke nicht vernünftig denken können?]

### **Andrea aus+Bremen** schrieb am 12.01.2016

@Konrad Kugler: Vernunft ist weder rechts noch links. Würden all die von jeder Sorte von Vernunft verlassenen Menschen in Europa die Politik durch ihren immer deutlicher werdenden Hang zu rechten Parolen und Parteien nicht zur Kooperation mit dem türkischen Regime zwingen, könnte man Herrn Tokatli nur zustimmen.

### **AnnettBee** schrieb am 13.01.2016

Das mag ja richtig sein, dass ein repressiver Staat - neben den global zugänglichen Informationen über die kostenlosen Wohltaten der Sozialstaaten - Füchtlingswellen produziert. Nur, was heißt das für die

europäischen Staaten, in erster Linie Deutschland, denn die anderen haben sich ja nach und nach verabschiedet, bzw. werden über kurz oder lang Militär an ihren Grenzen aufpflanzen? - Heißt das, dass an Idealen und Werten unabhängig von allen Völkerwanderungen festgehalten wird? Wie lange? Bis aus 226 Personen pro km2 über tausend Personen geworden sind? Bis der Staat pleite ist? Bis er den Totalkontrollverlust hat und in Anarchie und Chaos versinkt wie anderswo? - Die Vertreter der "Werte und Ideale über alles" Parolen scheinen in realitätsfreien Räumen zu leben. Wenn es hart auf hart kommt, gehen die Werte und Ideal schneller den Bach runter als man schauen kann. Dann zählt nur noch das nackte Überleben. Auch in Deutschland. Werte und Ideale muss man sich leisten können. Sind historisch gesehen ein Luxusproblem. Sie sind keine Garantie auf Dauer und schon gar nicht auf ewig. Was hier fehlt ist nüchterner Pragmatismus, Realitäts- und Machbarkeitssinn, zur Not auch ohne Werte und Ideale. Sehr undeutsch. Ich weiß.

---

**Guru** schrieb am 14.01.2016

---

Ist die Frau Merkel auch autokratisch oder gar eine

Diktatorin, weil sie entgegen der Hälfte der deutschen Bevölkerung Flüchtlinge aufnimmt?
Haben die Deutschen Medien jemals, auch während des Friedensprozesses Positives über die AKP Regierung geschrieben? Ich habe niemals Pro Erdogan Berichterstattung gelesen, sondern eine intensive Wahlkampfpropaganda der deutschen Medien um die Wahlen in der Türkei zu beeinflussen.
Aber der Großteil der Bevölkerung, auch auf der kurdischen Seite, war sehr zufrieden mit Erdogan und seiner Regierung. Das zeigt sich immer noch in den Wahlergebnissen im Osten der Türkei (suchen Sie sich Ihre Quellen).
Und demokratischer war die Türkei noch nie so, wie es heute ist.
Journalisten sind verpflichtet dazu die Wahrheit zu schreiben. Und wenn sie nicht die Wahrheit schreiben, dann sollten sie nichts schreiben, anstatt so ein Blödsinn. Manche Wahrheiten gehören auch Geheim zu halten. Deutschland hat auch überall Dreck am stecken, aber trotzdem berichtet keiner darüber. Dass Deutschland PKK Kämpfer ausbildet, mit Waffen beliefert und Asyl gewährt, das ist schon seit Jahrzehnten so. Und das Giftgas, dass Diktatoren gegen ihre eigene Bevölkerung

benutzen, werden auch von Deutschland geliefert.
Welchen Journalisten in Deutschland hat man kritisch darüber berichten gelesen?
Man diskreditiert nicht mal die USA! Man sagt "die haben Fehler gemacht und haben nicht vorher geahnt, dass ISIS..."! Was für Fehler? Journalisten können das ihren Papageien erzählen, aber keinem, der die Geschichte im Nahen Osten und sogar in Japan und Vietnam länger beobachtet haben.

---

**Murat** schrieb am 15.01.2016

Achsoo seid ihr blind. Die Pkk hat in 2 monaten 1000 gräber gegraben, 3 städte verwüsted und 100 schulen niedergebrant und gestern ein 3 st. Hochhaus in die luft gejagt, bis jetzt über 100 zivilisten getötet. Aber ist ja auch egal, ihr liest und hört nur das was ihr hören sollt.

---

**FKassekert** schrieb am 15.01.2016

In der NATO brauchen wir sie trotz der schwierigen Beziehungen mit dem Nachbarn Griechenland. uSA hat das eben mal so entschieden!
In der EU wollen wir sie noch nicht haben, diesen

tuerkischen Pascha mit seinen Problemen und oekonomischen Problemen im Osten des Landes, das Land der Kurden.
Was will Europa ueberhaupt? Nun lassen wir ihn einen Teil der Drecksarbeit machen und zahlen zaehneknirschend 3 Milliarden - nur woher solls kommen, wenn man wieder einige europaeische Laender versucht zu erpressen?
Irgendwie hat man eben immer alles verschlafen! Bruessel, paris, London, Berlin, Washington - alle haben ihre nationalen Interessen und - DAS KANN DANN EBEN NICHT KLAPPEN!
Deutschland rief, nein schrie - Der Islam gehoert zu Deutschland! Muslime die hier geboren wurden koennten dazu gehoeren, aber nie der Islam des Mittelalters! Zurueck und alles noch einmal? Diese zweite Chance kriegt kein Politiker!
Man sollte eben zuerst entscheiden was wollen wir wie und mit wem erreichen? Was kostet es und woher nehmen wir das Geld? Wir nehmen Geld und schwupps isses weg! Drucken wir eben neues.

---

**Hans Laurentius** schrieb am 16.01.2016

---

Guter Artikel. Von der Bundesregierung sollte an statt der Unterstützung der AKP-Diktatur, welche auch menschenverachtend ist, eine positivere Entwicklungspolitik betrieben werden, sowie eine Außenpolitik welche nicht einen ausbeuterischen Kapitalismus und die Unterstützung von destabilisierenden und entwicklungshemmenden Kräften zum Gegenstand hat.

---

**Albert von Soko** schrieb am 23.01.2016

---

Wenn man Russland wegen der angeblicher Einmischung in die Ostukraine mit Sanktionen bestrafft, sollte man die Türkei mit ähnlichen Schritten wegen der IS-Unterstützung und Gewalt gegen die Kurden bestraffen. Die Flüchtlingspolitik muss International werden und die Finanzierung der Unterbringung von Flüchtlinge in der Türkei oder anderen Länder muss International gesteuert werden und eine Kontrole über die Geldaufwendung gegeben sein. Einfach Türkei immer wieder Milliardenbeträge zu überweisen ist ein Verbrechen.

**Veritas** schrieb am 25.01.2016

Herr Tokatli, Sie sind wiss. Mitarbeiter an einer Hochschule?
Ich lese hier politische Meinungsmache, aber keine wissenschaftlich fundierte Auseinandersetzung mit dem Thema. Dazu würde es nämlich gehören alle Seiten eines Themas zu beleuchten und nicht nur gängige Vorurteile zu bedienen. Schade, Chance zur Annäherung an die Wahrheit und damit an eine Lösung vertan.

**Sealife** schrieb am 26.01.2016

".....Das verletzt unsere Werte...."

Um welche "Werte" geht es? Welches sind ueberhaupt noch die "Werte" die verletzt werden koennten ?
Zaehlt man zusammen was Deutschland sich in - um - mit Syrien geleistet hat, beginnend mit der Einmischung in den geponsorten Buergerkrieg via "Flottendienstboot" und den dann aufgestellten Patriot's, dann sind die Waffen und Ausbilder fuer die Kurden Spielereien.
Deutschland hat die Aussenpolitik de USA und die Militaerpolitik der NATO ueberlassen.

Also - um welche Werte geht es ?

---

**ekrem** schrieb am 26.01.2016

---

ist schon komisch das man mit aller macht versucht dem Volk nahe zu bringen wenn man über die PKK spricht die Kurden gemeint sind... dürfte jedem klar sein der sich mit dem Thema etwas beschäftigt hat das die PKK kämpfer aus allen ecken der Welt kommen...
und ob mit oder ohne den Milliarden den Flüchtlingen in der Türkei geht es viel besser als wo anders in der EU.aber warum über was Positives berichten...

---

**Allwissend** schrieb am 29.01.2016

---

Bin wahrlich kein Fan von Erdogan und finde sehr vieles an seiner Politik falsch. Doch leider knüpft dieser Bericht nicht dort an wo die eigentlichen Problemen liegen, sondern bedient die Ressentiments der Mehrheitsgesellschaft, die wiederum von den Massenmedien geschürt werden. Wenn dieses Pamphlet das ist was die Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn als wissenschaftliche Arbeit sieht, dann wirft das kein gutes Licht auf die deutsche Wissenschaftslandschaft.

Dennoch kann ich Herrn Tokatli schon heute eine sich abzeichnende steile Karriere bei der Bild-Zeitung bescheinigen.

---